

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 4

Ausgegeben in München am 2. März 2007

Jahrgang 2007

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften	—
II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst	
Mitwirkung der Schulen beim Vollzug des Jugendarbeitsschutzgesetzes	42
Änderung der Bekanntmachung über die Bestimmung von Ausbildungseinrichtungen für die berufspraktische Ausbildung von Bibliothekssekretäranwärtern (Bibliotheksausbildungseinrichtungen mittlerer Dienst – Biblausb/mD)	45
Zulassung von Lernmitteln	45
III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen	
Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern	46

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

7157.2 – UK

Mitwirkung der Schulen beim Vollzug des Jugendarbeitsschutzgesetzes Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 23. Januar 2007 Az.: VII.7-5 S 9361-7.2715

Im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ergeht folgende Bekanntmachung:

Der Vollzug des Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG) vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965), zuletzt geändert am 21. Juni 2005 (BGBl I S. 1666), erfordert die Mitwirkung der Schulen.

1. Mitwirkung im Allgemeinen

- 1.1 Die Informationsbroschüre „Jugendarbeitsschutzgesetz“ des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ist an die Schülerinnen und Schüler der neunten Jahrgangsstufe sowie an die Schülerinnen und Schüler im neunten Schulbesuchsjahr, die die Schule verlassen, zu verteilen. Die jährliche Ermittlung der notwendigen Zahl von Exemplaren dieser Informationsbroschüre sowie der Versand und die Verteilung erfolgen nach folgenden Vorgaben:

Hauptschulen und Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung einschließlich Landeschulen:

Die Regierungen stellen die betroffenen Schülerzahlen fest und übermitteln diese zusammen mit einem Verteilerschlüssel der Schulämter jeweils bis spätestens **15. Oktober** per E-Mail an die vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz mit dem Versand der Informationsbroschüre beauftragte Stelle (Adresse siehe Anlage Nr. 1).

Die vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz beauftragte Stelle versendet die Broschüren gemäß dem Verteilerschlüssel an die einzelnen Schulämter. Diese leiten die Informationsbroschüren entsprechend den Schülerzahlen an die verschiedenen Hauptschulen beziehungsweise Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung weiter.

Gymnasien, Realschulen (einschließlich der entsprechenden Förderschulen) sowie Schulen besonderer Art und Wirtschaftsschulen:

Die Gymnasien, Realschulen und Wirtschaftsschulen teilen ihren Bedarf an Informationsbroschüren jeweils bis zum **15. Oktober** direkt der vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz mit dem Versand der Informationsbroschüre beauftragten Stelle per E-Mail mit (Adresse siehe Anlage Ziffer 1).

Die vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz beauftragte Stelle versendet die Informationsbroschüren entsprechend an die Gymnasien, Realschulen und Wirtschaftsschulen.

- 1.2 Auf das Verbot der Kinderarbeit ist in Schulen mit Vollzeitunterricht ab der fünften Jahrgangsstufe zu Beginn eines jeden Schuljahres besonders hinzuweisen:

Nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz ist die Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren, von wenigen Ausnahmen abgesehen (siehe Informationsbroschüre), verboten. Kind im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes ist, wer das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder noch der Vollzeitschulpflicht unterliegt.

- 1.3 Auf die Gefahren der Ferienarbeit ist in den Jahrgangsstufen hinzuweisen, die regelmäßig von Schülerinnen und Schülern besucht werden, die das 15., aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Zahl der Arbeitsunfälle ist bei den Schülerinnen und Schülern wegen der mangelnden Betriebserfahrung wesentlich höher als bei anderen Jugendlichen, die regelmäßig in gewerblichen Betrieben arbeiten und während ihrer Ausbildung nach und nach mit den Betriebsgefahren bekannt gemacht werden. Wer in den Schulen etwas leisten will, soll die Ferien zur Erholung nützen. Auch die Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler sind auf die Gefahren der Ferienarbeit aufmerksam zu machen.

- 1.4 Die Berufsschulen und die Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung haben die Schülerinnen und Schüler, die sich im ersten Ausbildungs- beziehungsweise Beschäftigungsjahr befinden, nach Möglichkeit etwa neun Monate nach dem Eintritt in das Berufsleben im Unterricht auf die rechtzeitige Durchführung der ärztlichen Nachuntersuchung nach § 33 Jugendarbeitsschutzgesetz hinzuweisen.

- 1.5 Der Vollzug des Jugendarbeitsschutzgesetzes obliegt den Gewerbeaufsichtsämtern bei den Regierungen, bei Bergbetrieben den Bergämtern. In der Anlage sind die Adressen der Regierungen – Gewerbeaufsichtsämter – aufgeführt.

2. Ausgabe der Untersuchungsberechtigungsscheine und der Erhebungsbögen

- 2.1 Jugendliche, die in das Berufsleben eintreten, dürfen gemäß § 32 Abs. 1 JArbSchG nur beschäftigt werden, wenn sie innerhalb der letzten 14 Monate von einem Arzt untersucht worden sind (Erstuntersuchung) und dem Arbeitgeber eine von diesem Arzt ausgestellte Bescheinigung vorliegt. Ein Jahr nach Aufnahme der Beschäftigung hat sich der Arbeitgeber gemäß § 33 Abs. 1 JArbSchG die Bescheinigung eines Arztes darüber vorlegen zu lassen, dass die Jugendlichen nachuntersucht worden sind (Erste Nachuntersuchung). Die Untersuchungen sind für die Jugendlichen kostenfrei; die Kosten werden den Ärzten vom Freistaat Bayern erstattet. Nach § 2 der Verordnung über die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz (Jugendarbeitsschutzuntersuchungsverordnung – JArbSchUV) vom 16. Oktober 1990 (BGBl I S. 2221) werden die Kosten nur erstattet, wenn der Arzt der Kostenforderung einen ausgefüllten Untersuchungsberechtigungsschein beifügt.
- 2.2 Zur Vorbereitung einer Erstuntersuchung nach dem JArbSchG erhalten die Jugendlichen nach § 3 JArbSchUV einen Erhebungsbogen in weißer Farbe, zur Vorbereitung einer Nachuntersuchung einen Erhebungsbogen in roter Farbe. Der jeweilige Erhebungsbogen soll von Personensorgeberechtigten ausgefüllt und von diesem und dem Jugendlichen unterschrieben dem Arzt bei der Untersuchung vorgelegt werden.
- 2.3 Die Untersuchungsberechtigungsscheine und die Erhebungsbögen für die Erstuntersuchung nach § 32 Abs. 1 JArbSchG und für die Erste Nachuntersuchung nach § 33 Abs. 1 JArbSchG sind von den öffentlichen und privaten Schulen mit Vollzeitunterricht auszugeben, die die Jugendlichen vor Aufnahme einer Beschäftigung zuletzt besuchen (Nr. 7.3.1 des III. Verzeichnisses der Anlage zur Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Sicherheitstechnik, des Chemikalien- und Medizinprodukterechts [ASiMPV] vom 2. Dezember 1998, GVBl S. 956, zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. August 2005, GVBl S. 330).
- Jugendliche, die beabsichtigen, nach Verlassen einer Schule mit Vollzeitunterricht eine andere Schule mit Vollzeitunterricht zu besuchen, erhalten keine Untersuchungsberechtigungsscheine und keine Erhebungsbögen. Nr. 2.5 Satz 3 bleibt unberührt.
- 2.4 Die Untersuchungsberechtigungsscheine und die Erhebungsbögen werden nur den Schülerinnen und Schülern ausgehändigt, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres eine Schule mit Vollzeitunterricht verlassen (vgl. Nr. 2.3). Schülerinnen und Schüler, die die Schule vor Vollendung des 17. Lebensjahres verlassen, erhalten zwei Untersuchungsberechtigungsscheine und zwei Erhebungsbögen, je einen weißen für die Erstuntersuchung und je einen roten für die Erste Nachuntersuchung. Schülerinnen und Schü-

ler, die die Schule nach Vollendung des 17. Lebensjahres verlassen, erhalten nur den weißen Untersuchungsberechtigungsschein und den weißen Erhebungsbogen für die Erstuntersuchung.

- 2.5 Die Untersuchungsberechtigungsscheine und die Erhebungsbögen werden in der Regel in den Abschlussklassen zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres ausgegeben. Die Untersuchungsberechtigungsscheine und die Erhebungsbögen können frühestens ab dem 1. Juli des der Abschlussklasse vorausgehenden Schuljahres ausgegeben werden, wenn sie für eine Bewerbung um eine Ausbildungsstelle angefordert werden. Für Schülerinnen und Schüler, die in das Berufsgrundschuljahr eintreten wollen, sollen die Untersuchungsberechtigungsscheine und die Erhebungsbögen ab dem 1. Juli vor der Aufnahme in das Berufsgrundschuljahr ausgegeben werden. Soweit sie die Schule – zulässigerweise – vorzeitig verlassen, sollen die Untersuchungsberechtigungsscheine und die Erhebungsbögen drei Monate vor dem Austritt ausgegeben werden.
- 2.6 Bei der Ausgabe der Untersuchungsberechtigungsscheine und der Erhebungsbögen sind die Schülerinnen und Schüler auf die Bedeutung der Untersuchungen aufmerksam zu machen; sie sind weiter anzuhalten, die roten Vordrucke (Untersuchungsberechtigungsschein und Erhebungsbogen für die Erste Nachuntersuchung) sorgfältig aufzubewahren; weiter sind sie darauf hinzuweisen, dass der rote Untersuchungsberechtigungsschein und der rote Erhebungsbogen auch dem Arbeitgeber zur Aufbewahrung ausgehändigt werden können. Zusammen mit den Untersuchungsberechtigungsscheinen und den Erhebungsbögen ist zur Unterrichtung der Erziehungsberechtigten ein auf grünes Papier gedrucktes Merkblatt für Eltern und Jugendliche zu den ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz auszuhändigen.
- 2.7 Die Klassenleitung der Klassen, in denen üblicherweise einzelne Schülerinnen und Schüler die Schule verlassen, ist regelmäßig auf die gesetzlich vorgeschriebene Ausgabe der Untersuchungsberechtigungsscheine und der Erhebungsbögen hinzuweisen.
- 2.8 Über die Ausgabe der Untersuchungsberechtigungsscheine ist eine Liste zu führen.
- 2.9 Die Untersuchungsberechtigungsscheine und die Erhebungsbögen werden gebührenfrei ausgegeben. Die Untersuchungsberechtigungsscheine müssen mit dem Stempel der Schule und der Unterschrift der Schulleitung oder deren Beauftragten versehen sein und eine fortlaufende Nummer besitzen, die mit der Nummer der Eintragung in der Liste nach Nummer 2.8 übereinstimmt. Die laufende Nummer ist für beide Untersuchungsberechtigungsscheine die gleiche. Jeder Jugendliche kann grundsätzlich nur einmal je einen Untersuchungsberechtigungsschein für die Erstuntersuchung und für die Erste

Nachuntersuchung erhalten. Wird im Falle des Verlustes ein weiterer Untersuchungsberechtigungsschein ausgehändigt, so ist dieser als „Zweitausfertigung“ zu kennzeichnen; in der Liste ist ein entsprechender Vermerk aufzunehmen.

- 2.10 Den Schulen werden die Untersuchungsberechtigungsscheine, die Erhebungsbögen und das Merkblatt elektronisch im PDF-Format als Dokumentenvorlagen zur Verfügung gestellt. Die Schulen drucken die benötigten Untersuchungsberechtigungsscheine, die Erhebungsbögen und das Merkblatt mit Hilfe der elektronischen Dokumentenvorlagen selbst aus – insbesondere wenn nur geringe Mengen benötigt werden. Dabei sind die Untersuchungsberechtigungsscheine und die Erhebungsbögen für die Nachuntersuchungen auf rotem und das Merkblatt auf grünem Papier auszudrucken. Ziel der Einführung elektronischer Dokumentenvorlagen ist es, mittelfristig auf die Bereitstellung maschinell gedruckter Formulare zu verzichten.

Insbesondere für die Fälle, in denen Schulen noch nicht über die technische Ausstattung zum Ausdruck der Formulare verfügen, werden die Untersuchungsberechtigungsscheine, die Erhebungsbögen und das Merkblatt vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in gedruckter Form unentgeltlich bereitstellt. Die benötigten Vordrucke bestellen die Schulämter für die Hauptschulen und Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung ihres Schulamtsbezirks, die Realschulen, Wirtschaftsschulen sowie die Gymnasien per E-Mail direkt beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Adresse siehe Anlage Nr. 2). Die Bestellung hat jeweils den **Bedarf für zwei Jahre** zu umfassen und ist im **zweijährigen Turnus** jeweils bis zum **15. Januar** (2008, 2010, ...) vorzunehmen. Die Vordrucke werden vom Landesamt oder einer von ihr beauftragten Stelle an die Schulämter, Realschulen, Wirtschaftsschulen und Gymnasien gesandt. Von den Schulämtern werden die Vordrucke an die Hauptschulen und die Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung ihres Schulamtsbezirks weitergeleitet.

3. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2007 in Kraft. Die Bekanntmachung über die Mitwirkung der Schulen beim Vollzug des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 16. Juni 2004 (KWMBI I S. 161, StAnz Nr. 29) wird mit Ablauf des 31. Juli 2007 aufgehoben.

E r h a r d
Ministerialdirektor

Anlage Adressenliste

1. **Broschürenversand: Firma Ernst Vögel GmbH**,
Kalvarienbergstraße 22, 93491 Stamsried, Telefon
094 66/94 00-13, Telefax 094 66/12 76,
E-Mail voegel@voegel.com
2. **Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**,
Dienststelle München, Pfarrstraße 3, 80538 München,
Telefon 089/21 84-0, Fax 089/2184-297,
E-Mail jarbschg@lgl.bayern.de,
www.lgl.bayern.de
3. **Regierungen – Gewerbeaufsichtsämter**
 - Regierung von Schwaben – Gewerbeaufsichtsamt –**
Morellstraße 30d, 86159 Augsburg, Telefon 0821/
3 27-01, Fax 0821/3 27-27 00
www.regierung.schwaben.bayern.de
 - Regierung von Oberfranken – Gewerbeaufsichtsamt –**
Oberer Bürglaß 34–36, 96450 Coburg, Telefon
095 61/74 19-0, Fax 095 61/74 19-100
www.regierung.oberfranken.bayern.de
 - Regierung von Niederbayern – Gewerbeaufsichtsamt –**
Gestütstraße 10, 84028 Landshut, Telefon 0871/
8 08-01, Fax 0871/8 08-17 99
www.regierung.niederbayern.bayern.de
 - Regierung von Oberbayern – Gewerbeaufsichtsamt –**
Heßstraße 130 a, 80797 München, Telefon 089/
21 76-1, Fax 089/21 76-31 02
www.regierung.oberbayern.bayern.de
 - Regierung von Mittelfranken – Gewerbeaufsichtsamt –**
Roonstraße 20, 90429 Nürnberg, Telefon 0911/
9 28-0, Fax 0911/9 28-29 99
www.regierung.mittelfranken.bayern.de
 - Regierung der Oberpfalz – Gewerbeaufsichtsamt –**
Bertoldstraße 2, 93047 Regensburg, Telefon 0941/
50 25-0, Fax 0941/50 25-1 14
www.regierung.oberpfalz.bayern.de
 - Regierung von Unterfranken – Gewerbeaufsichtsamt –**
Georg-Eydel-Straße 13, 97082 Würzburg, Telefon
0931/3 80-00, Fax 0931/3 80-22 22
www.regierung.unterfranken.bayern.de

2038.3.4 - WFK

**Änderung der Bekanntmachung über die
Bestimmung von Ausbildungseinrichtungen
für die berufspraktische Ausbildung
von Bibliothekssekretäranwärtern
(Bibliotheksausbildungseinrichtungen
mittlerer Dienst – Biblausb/mD)**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

vom 5. Januar 2007 Az.: XII/1-K 3131.4.3-12c/42 359

Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst über die Bestimmung von Ausbildungseinrichtungen für die berufspraktische Ausbildung von Bibliothekssekretäranwärtern (Bibliotheksausbildungseinrichtungen mittlerer Dienst – Biblausb/mD) vom 24. Oktober 2003 (KWMBII S. 510), geändert durch Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 18. März 2004 (KWMBII S. 61), wird wie folgt geändert:

In Nr. 1 „Wissenschaftliche Bibliotheken“ wird nach den Worten „Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg“ eine neue Zeile mit den Worten „Hof Bibliothek der Fachhochschule“ eingefügt.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Februar 2007 in Kraft.

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 45

2230.1.1.1.1.4-UK

Zulassung von Lernmitteln

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 16. Februar 2007 Nr. III.4-5 S 1321.1-5.15 459

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Hauptschule

Mathematik

**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/
Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

***Formel**, Mathematik für Hauptschulen mit Mittlerer Reife, hrsg. v. Sailer u.a.:

^R**M9**: ISBN 978-3-7661-6209-0, 1. Aufl. 07, 18,50 €, ZN 3/07-V (02.03.07)

Gymnasium

Biologie

Schroedel Verlag, Braunschweig:

^R**Netzwerk Biologie, Bayern**, hrsg. v. Jungbauer:

9: ISBN 978-3-507-86494-8, Aufl. 07/**Druck A¹**, 12,95 €, ZN 239/06-G8 (02.03.07)

Griechisch – Lesebücher / Texte mit ausführlicher inhaltlicher Erläuterung

Aschendorff Verlag, Münster:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

^RHomer, **Odysee**, v. Schnabel:

Wortkunde: ISBN 978-3-402-02258-0, 5. Aufl. 07, 7,30 €, ZN 8/74247/74 (02.03.07)

**Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige
Lernmittel**

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Mathematik

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

^R**Denken und Rechnen – Arbeitsheft, Bayern**, hrsg. v. Maier:

1: ISBN 978-3-14-122481-8, Aufl. 07/**Druck A¹**, 7,75 €, ZN 242/06-V (02.03.07)

Hauptschule

Englisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***New Highlight – Workbook**, Hauptschule Bayern:

^R**3 für M-Klassen**: v. Thorne, ISBN 978-3-464-34495-8, 2. Aufl. 06/**1. Druck 07**, 7,95 €, ZN 231/06-V (02.03.07), zugel. f.d. Jgst. M7

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 2. März 2007 in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 45

III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

2034.6-F

Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Bekanntmachung
des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen
vom 7. Dezember 2006

– Az.: 25 – P 2164 – 002 – 47 172/06 –

I.

Allgemeines

Am 1. November 2006 ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Kraft getreten. Hierdurch haben sich grundlegende Änderungen ergeben. Hinsichtlich der Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird auf nachstehende Ausführungen verwiesen.

II.

Beurlaubung

1. Rechtliche Grundlagen

1.1 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können bei Vorliegen eines wichtigen Grundes unter Verzicht auf die Fortzahlung des Entgelts Sonderurlaub erhalten (§ 28 TV-L). Die Voraussetzungen, unter denen Beamten auf Antrag Urlaub ohne Dienstbezüge gewährt werden kann (vgl. Art. 80b, 80c des Bayerischen Beamtengesetzes), sind generell als wichtiger Grund im Sinn dieser tariflichen Vorschrift anzusehen. In allen anderen Fällen ist anhand der Umstände des Einzelfalls zu beurteilen, ob ein wichtiger Grund für den Sonderurlaub vorliegt.

1.2 Es wird gebeten, einschlägigen Anträgen, soweit dienstliche oder betriebliche Belange nicht entgegenstehen, zu entsprechen. Bei der Entscheidung, ob die Gewährung des Sonderurlaubs nach den dienstlichen oder betrieblichen Verhältnissen möglich ist, ist das persönliche Interesse der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers an der Beurlaubung angemessen zu berücksichtigen.

2. Dauer der Beurlaubung

2.1 Der Sonderurlaub sollte nur im Rahmen der vom Beamtenrecht vorgegebenen Gesamtdauer bewilligt werden.

2.2 Aus personalwirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Gründen (zum Beispiel wegen der Beschäftigung einer Aushilfskraft) ist der Sonderurlaub stets unwiderruflich zu bewilligen; die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer ist darauf hinzuweisen, dass eine vorzeitige Beendigung des Sonderurlaubs nur im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber möglich ist.

Bei Geburt eines (weiteren) Kindes während eines Sonderurlaubs ist das Staatsministerium der Finanzen damit einverstanden, dass der Sonderurlaub ab dem Tag der Geburt des Kindes

durch die günstigere Elternzeit unterbrochen wird. Eine Unterbrechung des Sonderurlaubs nach § 28 TV-L mit dem Ziel, während der Beschäftigungsverbote nach § 3 Abs. 2 bzw. § 6 Abs. 1 MuSchG einen Zuschuss zum Mutterschaftsgeld zu erhalten, ist dagegen **nicht** möglich. Insoweit fehlt es an den Anspruchsvoraussetzungen.

Eine durch die Elternzeit unterbrochene Beurlaubung verlängert sich nicht um die Zeit der Elternzeit, sondern endet mit Ablauf des (ursprünglichen) Bewilligungszeitraums. Sofern die Elternzeit über den bewilligten Urlaub nach § 28 TV-L hinaus dauert, endet dieser Urlaub vorzeitig mit Beginn der Elternzeit. In die Verfügung über die Bewilligung der Elternzeit soll der maßgebende Endzeitpunkt des Urlaubs nach § 28 TV-L aufgenommen werden.

2.3 Bei Genehmigung des Sonderurlaubs ist die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer darauf hinzuweisen, dass während der Beurlaubung in der Regel ein weiteres Arbeitsverhältnis nicht begründet werden darf und Nebentätigkeiten, die dem Zweck des Sonderurlaubs zuwiderlaufen, untersagt werden können.

3. Rechtsfolgen einer Beurlaubung

3.1 Beschäftigungszeit

Die Zeit der Beurlaubung gilt nicht als Beschäftigungszeit. Ein dienstliches oder betriebliches Interesse an der Beurlaubung kann in diesen Fällen nicht anerkannt werden (§ 34 Abs. 3 Sätze 1 und 2 TV-L).

3.2 Entgelt

Eine Beurlaubung bis zu jeweils drei Jahren wird zwar nicht auf die Stufenlaufzeit angerechnet, ist aber für die Stufenentwicklung unschädlich. Die vor der Unterbrechung erreichte Stufe wird angehalten und läuft nach Wiederaufnahme der Beschäftigung nahtlos dort weiter, wo die/der Beschäftigte innerhalb der Stufe aufgehört hat.

Entsprechendes gilt bei einer Beurlaubung zur Kinderbetreuung bzw. zur Pflege eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen Angehörigen gelten, die die Dauer von drei Jahren überschreitet.

Im Übrigen erfolgt bei einer Unterbrechung von mehr als drei Jahren eine Rückstufung. Bei Wiederaufnahme der Beschäftigung wird die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer der nächst niedrigeren Stufe zugeordnet, also der Stufe, die der vor der Unterbrechung erreichten Stufe vorausgeht. Untergrenze ist die Stufe, die die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer im Fall einer Neueinstellung bei unterstellter Beendigung des Arbeitsverhältnisses zuzuordnen wäre. Die Laufzeit für die neue Stufe beginnt mit dem Tag der Arbeitsaufnahme.

3.3 Krankenbezüge

Während der Beurlaubung besteht kein Anspruch auf Krankenbezüge (vgl. BAG im Urteil vom 17. November 1977 – 5 AZR 599/76 –, AP Nr. 8 zu § 9 BUrlG).

3.4 Beihilfe

Soweit auf Grund der Übergangsregelung in § 6 Abs. 3 des Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2000 (GVBl S. 928) die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer noch dem Grunde nach Anspruch auf Beihilfe nach Art. 20 Abs. 3 des Bayerischen Besoldungsgesetzes in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung hat, gilt dies jedoch **nicht** für die Zeit einer Beurlaubung. In dieser Zeit besteht **kein Anspruch** auf Beihilfe.

3.5 Sterbegeld

Ein Anspruch auf Sterbegeld ist nicht gegeben, wenn die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer während der Beurlaubung stirbt (§ 23 Abs. 3 Satz 1 TV-L).

3.6 Erholungsurlaub

Der Anspruch auf Erholungsurlaub einschließlich eines etwaigen Zusatzurlaubs vermindert sich für jeden vollen Kalendermonat der Beurlaubung um ein Zwölftel (§ 26 Abs. 2 Buchst. c TV-L).

Der Erholungsurlaub ist grundsätzlich vor Antritt des Sonderurlaubs einzubringen. Urlaub, der nicht innerhalb der in § 26 Abs. 2 Buchst. a TV-L genannten Fristen angetreten wird, verfällt.

3.7 Jahressonderzahlung

Bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen besteht grundsätzlich ein Anspruch auf Jahressonderzahlung. Sie vermindert sich jedoch um ein Zwölftel für jeden vollen Monat der Beurlaubung (§ 20 Abs. 4 Satz 1 TV-L).

3.8 Vermögenswirksame Leistungen

Für volle Kalendermonate der Beurlaubung besteht kein Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers (§ 23 Abs. 1 Satz 4 TV-L).

3.9 Sozialversicherung

Für die Fortdauer des Beschäftigungsverhältnisses ohne Anspruch auf Arbeitsentgelt, **längstens** für die Dauer eines Monats, gilt das Beschäftigungsverhältnis gegen Arbeitsentgelt als fortbestehend (§ 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV). Dies gilt **nicht**, wenn der Arbeitnehmerin/dem Arbeitnehmer in unmittelbarem Anschluss an die Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz Sonderurlaub unter Verzicht auf die Fortzahlung des Entgelts (§ 28 TV-L) gewährt wird. In diesen Fällen endet das sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis grundsätzlich mit dem Beginn der Elternzeit (§ 7 Abs. 3 Satz 2 SGB IV). Lediglich in der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt die Mitgliedschaft **Versicherungspflichtiger** für die Dauer der Elternzeit erhalten (§ 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V).

Die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer kann sich während der Zeit des unbezahlten Urlaubs in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig versichern. Dies gilt nur für Personen, die als Mitglieder aus der gesetzlichen Versicherungspflicht ausgeschieden sind und in den letzten 5 Jahren vor dem Ausscheiden mindestens 24 Monate oder unmittelbar vor dem Ausscheiden ununterbrochen mindestens 12 Monate versichert waren (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 SGB V). Beginn und Beitrittsmodalitäten richten sich nach § 188 SGB V.

Der Arbeitgeber trägt bei einer Versicherung für diese Zeit keinen Arbeitgeberbeitragsanteil und leistet auch keinen Zuschuss zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung (§ 257 SGB V).

In der gesetzlichen Rentenversicherung besteht ebenfalls die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung (§ 7 Abs. 1 SGB VI). Die Beiträge hat der Versicherte selbst zu tragen (§ 171 SGB VI).

Versicherte haben grundsätzlich nur dann einen Anspruch auf Rente wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung, wenn sie teilweise oder voll erwerbsgemindert sind, vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfüllt und in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung 3 Jahre Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit haben (§ 43 SGB VI).

Die Zeit eines Sonderurlaubs ohne Fortzahlung des Entgelts könnte daher unter Umständen zu einem Wegfall der Anspruchsvoraussetzungen zum Bezug der Rente wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung führen. Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern, die an der Aufrechterhaltung ihres Invaliditätsschutzes interessiert sind, sollte daher empfohlen werden, sich zur Vermeidung von Nachteilen mit dem für sie zuständigen Rentenversicherungsträger in Verbindung zu setzen.

3.10 Zusatzversorgung

Während der Zeit des Sonderurlaubs ohne Entgeltzahlung besteht das Arbeitsverhältnis und somit auch die Pflichtversicherung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) grundsätzlich fort. Da während der Zeit des Sonderurlaubs ohne Entgeltzahlung kein laufendes zusatzversorgungspflichtiges Entgelt gezahlt wird, ist in dieser Zeit auch keine Umlage zur VBL zu entrichten.

Der Versicherungsfall tritt am Ersten des Monats ein, von dem an der Anspruch auf gesetzliche Rente wegen teilweiser oder voller Erwerbsminderung besteht. Erfüllt demnach eine beurlaubte Arbeitnehmerin/ein beurlaubter Arbeitnehmer trotz Eintritt der teilweisen oder vollen Erwerbsminderung nicht die Voraussetzungen für den Bezug der gesetzlichen Rente, hat sie/er auch keinen Anspruch auf Betriebsrente der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder.

Im neuen Zusatzversorgungssystem (Punktemodell) erfolgt die Leistungsbemessung – abgesehen von den sozialen Komponenten und den Bonuspunkten – ausschließlich auf der Basis des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Da während des Sonderurlaubs ohne Entgeltzahlung kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt anfällt, werden auch keine Versorgungspunkte für zusatzversorgungspflichtiges Entgelt erworben. Bei der VBL besteht aber die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung mit eigenen Beiträgen der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers.

Das Staatsministerium der Finanzen bittet, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor der Gewährung des Urlaubs darüber zu unterrichten, dass während des Sonderurlaubs ohne Entgeltzahlung keine Versorgungspunkte für zusatzversorgungspflichtiges Entgelt erworben werden

und die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung bei der VBL besteht.

Anfragen wegen der einzelnen Auswirkungen auf die spätere Zusatzversorgungsrente sind an die VBL zur Beantwortung weiterzugeben.

III.

Teilzeitbeschäftigung

1. Rechtliche Grundlagen

1.1 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG)

- 1.1.1 Eine Arbeitnehmerin/ein Arbeitnehmer, deren/dessen Arbeitsverhältnis länger als sechs Monate bestanden hat, hat einen Anspruch auf unbefristete Verringerung seiner vertraglich vereinbarten Arbeitszeit (§ 8 Abs. 1 TzBfG).
- 1.1.2 Die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer muss die Verringerung der Arbeitszeit und den Umfang der Verringerung spätestens drei Monate vor deren Beginn geltend machen; gleichzeitig ist die gewünschte Verteilung der Arbeitszeit anzugeben. Schriftform ist für die Geltendmachung nicht vorgesehen (§ 8 Abs. 2 TzBfG).
- 1.1.3 Der Arbeitgeber hat nach § 8 Abs. 3 TzBfG mit der Arbeitnehmerin/dem Arbeitnehmer die gewünschte Verringerung der Arbeitszeit mit dem Ziel zu erörtern, zu einer Vereinbarung zu gelangen. Auch über die Verteilung der Arbeitszeit hat der Arbeitgeber mit der Arbeitnehmerin/dem Arbeitnehmer Einvernehmen zu erzielen.
- 1.1.4 Dem Antrag auf Verringerung der Arbeitszeit und Verteilung der Arbeitszeit entsprechend den Wünschen der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers ist zu entsprechen, soweit **betriebliche Gründe** nicht entgegenstehen. Ein entgegenstehender betrieblicher Grund liegt insbesondere vor, wenn die Verringerung der Arbeitszeit die Organisation, den Arbeitsablauf und die Sicherheit im Betrieb bzw. in der Dienststelle wesentlich beeinträchtigt oder unverhältnismäßige Kosten verursacht (§ 8 Abs. 4 TzBfG).
- 1.1.5 Die Entscheidung über die Verringerung der Arbeitszeit und ihre Verteilung ist der Arbeitnehmerin/dem Arbeitnehmer spätestens einen Monat vor dem gewünschten Beginn der Verringerung **schriftlich** mitzuteilen. Eine nicht innerhalb dieser Frist erfolgte Ablehnung hat zur Folge, dass sich die Arbeitszeit in dem von der Arbeitnehmerin/von dem Arbeitnehmer gewünschten Umfang verringert und die Verteilung der Arbeitszeit entsprechend den Wünschen der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers als festgelegt gilt. Die auf Grund dieser gesetzlichen Fiktion festgelegte Verteilung der Arbeitszeit kann der Arbeitgeber ebenso wie die einvernehmlich festgelegte Verteilung der Arbeitszeit auf Grund seines Direktionsrechts wieder ändern, wenn das betriebliche Interesse daran das Interesse der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers an der Beibehaltung erheblich überwiegt und der Arbeitgeber die Änderung spätestens einen Monat vorher angekündigt hat (§ 8 Abs. 5 TzBfG).
- 1.1.6 Eine erneute Verringerung der Arbeitszeit kann die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer nach § 8 Abs. 6 TzBfG frühestens nach Ablauf von zwei

Jahren verlangen, nachdem der Arbeitgeber einer Verringerung zugestimmt oder sie berechtigt abgelehnt hat.

- 1.1.7 Bei der Besetzung von Vollzeitarbeitsplätzen sind nach § 9 TzBfG teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer bei gleicher Eignung bevorzugt zu berücksichtigen, es sei denn, dass dringende betriebliche Gründe oder Arbeitszeitwünsche anderer teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegenstehen.

1.2 Tarifvertragliche Regelungen

- 1.2.1 **Vollbeschäftigte** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben einen tarifvertraglichen Anspruch auf Ermäßigung der Arbeitszeit, wenn sie mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen tatsächlich betreuen oder pflegen und **dringende dienstliche bzw. betriebliche Belange** nicht entgegenstehen.

Die Teilzeitbeschäftigung kann unbefristet bzw. befristet auf die Dauer von bis zu fünf Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung gewährt werden. Der Antrag auf Verlängerung ist spätestens sechs Monate vor Ablauf der vereinbarten Teilzeitbeschäftigung zu stellen. Bei der Gestaltung der Arbeitszeit hat der Arbeitgeber im Rahmen der dienstlichen bzw. betrieblichen Möglichkeiten der besonderen persönlichen Situation der/des Beschäftigten Rechnung zu tragen (§ 11 Abs. 1 TV-L).

Diese tarifvertragliche Regelung ist weiter gehend als die gesetzliche Regelung und geht dieser daher vor.

- 1.2.2 Der nach § 11 Abs. 2 TV-L in anderen Fällen eingeräumte Erörterungsanspruch hat durch den gesetzlichen Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit nur deklaratorische Bedeutung.
- 1.2.3 Früher vollbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mit denen eine unbefristete Teilzeitbeschäftigung vereinbart worden ist, sind bei der späteren Besetzung eines Vollzeitarbeitsplatzes bei gleicher Eignung im Rahmen der dienstlichen bzw. betrieblichen Möglichkeiten zu berücksichtigen (§ 11 Abs. 3 TV-L). Auch diese Regelung hat auf Grund der gesetzlichen Regelung in § 9 TzBfG, die es **allen** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht, die den Wunsch nach einer Verlängerung ihrer vertraglich vereinbarten Arbeitszeit angezeigt haben, bei der Besetzung eines freien Arbeitsplatzes bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt zu werden, nur deklaratorische Bedeutung.

1.3 Form der Teilzeitbeschäftigung

Die Teilzeitbeschäftigung kann in der herkömmlichen Form oder in der Form der Arbeitsplatzteilung vereinbart werden. Bei Vereinbarung einer Arbeitsplatzteilung haben sich die Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer gegenseitig zu vertreten. Hierzu ist die Zustimmung im Einzelfall einzuholen (§ 13 TzBfG). Im Übrigen ist die Arbeitszeit im Rahmen der dienstlichen bzw. betrieblichen Möglichkeiten entsprechend den Bedürfnissen des einzelnen Arbeitnehmers/der einzelnen Arbeitnehmerin flexibel zu gestalten.

1.4 Nebentätigkeiten

Nebentätigkeiten während einer Teilzeitbeschäftigung können untersagt werden, wenn diese geeignet sind, die Erfüllung der arbeitsvertraglichen Pflichten der Beschäftigten oder berechnigte Interessen des Arbeitgebers zu beeinträchtigen.

1.5 Altersteilzeitarbeit

Für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse gelten die Hinweise des Staatsministeriums der Finanzen zum Vollzug des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit.

2. Rechtsfolgen einer Teilzeitbeschäftigung

2.1 Geltungsbereich des TV-L

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben unabhängig von der vereinbarten regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit während einer Teilzeitbeschäftigung vom Geltungsbereich des TV-L erfasst.

2.2 Beschäftigungszeit

Eine Ermäßigung der Arbeitszeit ist ohne Einfluss auf die Beschäftigungszeit. Zeiten einer geringfügigen Beschäftigung im Sinn des § 8 SGB IV werden als Beschäftigungszeit angerechnet, soweit sie nach dem 31. Dezember 2000 zurückgelegt worden sind.

2.3 Entgelt

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten das Tabellenentgelt und alle sonstigen Entgeltbestandteile in dem Umfang, der dem Anteil der individuell vereinbarten durchschnittlichen Arbeitszeit an der regelmäßigen Arbeitszeit vergleichbarer Vollbeschäftigter entspricht (§ 24 Abs. 2 TV-L).

2.4 Jubiläumsgeld

Nicht vollbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten das Jubiläumsgeld in voller Höhe (§ 23 Abs. 2 Satz 2 TV-L).

2.5 Beihilfe

Soweit auf Grund der Übergangsregelung in § 6 Abs. 3 des Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2000 (GVBl S. 928) die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer noch dem Grunde nach Anspruch auf Beihilfe nach Art. 20 Abs. 3 des Bayerischen Besoldungsgesetzes in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung hat, gilt dies auch für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Beihilfe der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird allerdings nur entsprechend dem Umfang ihrer wöchentlichen Arbeitszeit im Verhältnis zu der

Arbeitszeit einer/eines entsprechend vollbeschäftigten Arbeitnehmerin/Arbeitnehmers gezahlt.

2.6 Jahressonderzahlung

Ist die regelmäßige Arbeitszeit im Bemessungszeitraum für die Jahressonderzahlung herabgesetzt, verringert sich die jährliche Jahressonderzahlung entsprechend (§ 20 Abs. 3 TV-L).

2.7 Vermögenswirksame Leistungen

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten die vermögenswirksamen Leistungen in dem Umfang, der dem Anteil der individuell vereinbarten durchschnittlichen Arbeitszeit an der regelmäßigen Arbeitszeit vergleichbarer Vollbeschäftigter entspricht (§ 24 Abs. 2 TV-L).

2.8 Zusatzversorgung

Eine Pflicht zur Versicherung bei der VBL besteht bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen auch für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ausgenommen von der Versicherungspflicht sind allerdings kurzfristig Beschäftigte gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV (vgl. Satz 1 Nr. 8 der Anlage 2 zum Tarifvertrag Altersversorgung).

Im neuen Zusatzversorgungssystem (Punktemodell) erfolgt die Leistungsbemessung – abgesehen von den sozialen Komponenten und den Bonuspunkten – ausschließlich auf der Basis des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Da sich die Höhe des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts nach dem Umfang der vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit richtet, wirkt sich der Beschäftigungsumfang auch bei der Leistungsbemessung im Punktemodell aus. Bei einer Teilzeitbeschäftigung ist somit das verringerte zusatzversorgungspflichtige Entgelt Bemessungsgrundlage zur Ermittlung der Versorgungspunkte.

Anfragen wegen der einzelnen Auswirkungen auf die spätere Zusatzversorgungsrente sind an die VBL zur Beantwortung weiterzugeben.

IV.

Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. November 2006 in Kraft. Die Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen vom 23. Juli 2002 (FMBl S. 310, StAnz Nr. 31) ist mit Ablauf des 31. Oktober 2006 als gegenstandslos zu betrachten.

Weigert

Ministerialdirektor